



Merkblatt für die Zahlung von Verdienstaufallentschädigung nach den §§ 56 ff. Infektionsschutzgesetz (IfSG)

1. Allgemeine Informationen

a. Entschädigungsanspruch bei einem Tätigkeitsverbot oder einer Absonderung

Wer aufgrund des Infektionsschutzgesetzes einem Tätigkeitsverbot (§§ 31 und 42 IfSG) oder einer Absonderung (§ 30 IfSG) unterliegt oder unterworfen wird bzw. wurde und dadurch einen Verdienstaufall erleidet, kann Entschädigung nach den Regelungen der §§ 56 ff. IfSG beantragen.

Entschädigungsberechtigt nach § 56 Abs. 1 IfSG sind Ausscheider, Ansteckungsverdächtige, Krankheitsverdächtige oder sonstige Träger von Krankheitserregern im Sinne von § 31 S. 2 IfSG, die einem behördlich angeordneten Tätigkeitsverbot oder einer behördlich angeordneten Absonderung unterworfen waren oder sind.

Voraussetzung ist ein die Person betreffender Bescheid des zuständigen Gesundheitsamtes des Landes Brandenburg zum persönlichen Tätigkeitsverbot oder einer behördlich angeordneten Absonderung sowie ein daraus resultierender Verdienstaufall.

b. Entschädigungsanspruch für Eltern bei fehlender zumutbarer Betreuungsmöglichkeit

Werden Einrichtungen zur Betreuung von Kindern oder Schulen auf Grund des Infektionsschutzgesetzes vorübergehend geschlossen oder deren Betreten untersagt, sind erwerbstätige Sorgeberechtigte von Kindern, welche die Kinder in diesem Zeitraum selbst betreuen müssen, weil sie keine anderweitige zumutbare Betreuungsmöglichkeit sicherstellen können und dadurch einen Verdienstaufall erleiden, entschädigungsberechtigt nach § 56 Abs. 1a IfSG.

Voraussetzung ist, dass die zu betreuenden Kinder, das 12 Lebensjahr noch nicht vollendet oder eine Behinderung haben und deshalb auf Hilfe angewiesen sind.

Sorgeberechtigt ist, wem die Personensorge für ein Kind im vorgenannten Sinne nach § 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zusteht. Für den Fall, dass das Kind in Vollzeitpflege nach § 33 SGB XIII in den Haushalt aufgenommen wurde, steht anstelle der Sorgeberechtigten den Pflegeeltern der Anspruch auf Entschädigung zu.

c. Form und Frist

Der Antrag muss innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Einstellung der verbotenen Tätigkeit / der Absonderungsmaßnahme beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) - Abteilung Gesundheit - gestellt werden. Bitte verwenden Sie hierzu die auf <https://lavg.brandenburg.de/sixcms/detail.php/949570> hinterlegten Anträge, mit welchen Sie direkt online einen Antrag nach § 56 IfSG stellen können.

Sollten Sie nicht über die technischen Möglichkeiten für eine Online-Antragstellung verfügen, ist eine Antragstellung auch durch das Herunterladen eines PDF-Dokuments möglich, welches Sie postalisch (Wünsdorfer Platz 3, 15806 Zossen OT Wünsdorf) oder per E-Mail (entschaedigung@lavg.brandenburg.de) an das LAVG senden.

Das LAVG ist nur für die Geltendmachung von Verdienstaussfallentschädigungen durch behördliche Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz zuständig.

Weitere Informationen zu sonstigen Entschädigungen und Zahlungen finden Sie unter:

- <https://mwae.brandenburg.de/de/bb1.c.477963.de>
- <https://mwe.brandenburg.de/de/informationen-zu-den-auswirkungen-des-corona-virus/bb1.c.661351.de>
- <https://www.ilb.de/de/covid-19-aktuelle-informationen/leitfaden/>

Zudem können seit dem 25.03.2020 bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) Anträge für die Corona-Soforthilfemaßnahmen gestellt werden. Die Antragsunterlagen hierzu finden Sie unter:

- <https://www.ilb.de/de/wirtschaft/zuschuesse/soforthilfe-corona-brandenburg/>

2. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

a. Tätigkeitsverbot/Absonderung

Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat die Arbeitgeberin bzw. der Arbeitgeber für die Dauer des Arbeitsverhältnisses, längstens für sechs Wochen, die Entschädigung nach § 56 IfSG in voller Lohnhöhe auszuführen. Die geleistete Entschädigung wird der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber auf Antrag vom Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit erstattet.

Ab der 7. Woche müssen betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Antrag auf Entschädigung beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit stellen. Darüber hinaus wird ab der 7. Woche die Entschädigung nur noch in Höhe des Krankengeldes nach § 47 Abs. 1 SGB V gewährt, soweit der Verdienstaussfall die für die gesetzliche Krankenversicherungspflicht maßgebende Jahresarbeitsentgeltgrenze nicht übersteigt.

Ein Entschädigungsanspruch ist grundsätzlich nur in Zusammenhang mit einem Verdienstaussfall gegeben. Ein Verdienstaussfall liegt nicht vor, wenn

- die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer zu Beginn des Tätigkeitsverbots bzw. der Absonderung bereits arbeitsunfähig war oder einen sonstigen Anspruch auf Entgeltfortzahlung nach dem Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall (EntgFG), dem Mindesturlaubsgesetz für Arbeitnehmer (BurlG), dem Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (MuSchG) oder nach § 616 BGB hat oder
- es sich um ein Ausbildungsverhältnis handelt. Gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 2b) des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) steht Auszubildenden ein Fortzahlungsanspruch hinsichtlich ihrer Ausbildungsvergütung gegenüber der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber zu.

b. Keine anderweitigen zumutbaren Betreuungsmöglichkeiten für Eltern

Im Hinblick auf einen Entschädigungsanspruch nach § 56 Abs. 1a IfSG ist ein Verdienstaussfall zudem nicht gegeben, wenn

- Kurzarbeitergeld,
- alternativer Lohnersatz,

- Kinderkrankengeld,
- o.a. Leistungen

bezogen wurden.

Darüber hinaus besteht kein Anspruch auf Entschädigung, wenn

- betrieblich eine Möglichkeit für Homeoffice bestand,
- ein betriebliches Zeitguthaben in Anspruch genommen werden konnte,
- die Möglichkeit einer anderweitigen Betreuung durch Verwandte oder Freunde, die nicht einer Risikogruppe in Bezug auf die Infektion oder übertragbare Krankheit angehören, zu deren Verhinderung oder Verbreitung die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern oder Schulen von der zuständigen Behörde vorübergehend geschlossen bzw. mit einem Betretungsverbot belegt wurden, bestand,
- ein Anspruch auf Notbetreuung in der Kindertagesstätte oder Schule bestand,
- der Betrieb geschlossen wird (z.B. durch Allgemeinverfügung, Betriebsferien etc.).

Ein Entschädigungsanspruch besteht außerdem nicht, soweit eine Schließung ohnehin während der festgelegten Schulferien erfolgt bzw. erfolgte.

Im Gegensatz zu einer Entschädigung nach § 56 Abs. 1 IfSG ist der Entschädigungsanspruch nach § 56 Abs. 1a IfSG der Dauer nach auf einen Zeitraum von längstens sechs Wochen und der Höhe nach auf 67% des Lohnes begrenzt. Der Höchstbetrag für einen vollen Monat beträgt 2.016 EUR.

3. Selbstständige

a. Tätigkeitsverbot/Absonderung

Bei Selbstständigen berechnet sich der Verdienstaufschlag pro Monat nach einem Zwölftel des Arbeitseinkommens (§ 15 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV)). Nach den allgemeinen Gewinnermittlungsvorschriften des Einkommensteuerrechts ist der ermittelte Gewinn aus der selbstständigen Tätigkeit maßgeblich. Als Nachweis dient der letzte Einkommensteuerbescheid.

Des Weiteren können Aufwendungen für die private soziale Sicherung nach § 58 IfSG geltend gemacht werden.

b. Keine anderweitigen zumutbaren Betreuungsmöglichkeiten für Eltern

Hinsichtlich eines Entschädigungsanspruchs nach § 56 Abs. 1a IfSG gelten die unter **2. b.** gemachten Ausführungen entsprechend,

Rückfragen an:

Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit des Landes Brandenburg (LAVG) Abteilung
Gesundheit, Dezernat G2: Gesundheitsberichterstattung und Infektionsschutz
Wünsdorfer Platz 3, 15806 Zossen OT Wünsdorf

E-Mail: entschaedigung@lavg.brandenburg.de oder gesundheit.office@lavg.brandenburg.de

Stand: 29.04.2020